

Die große Skepsis bei der Zuwanderung

Veröffentlicht am 23.12.2021 | Lesedauer: 5 Minuten



Von **Klaus Geiger**
Ressortleiter Außenpolitik



Quelle: AFP/Ben Stansall; Montage: Infografik WELT

In vielen europäischen Ländern plädiert eine große Mehrheit der Menschen für einen Kurswechsel in der Migration. Es gibt Zweifel an der Integrationsfähigkeit der Einwanderer. Nicht nur in Osteuropa werden Rufe nach dem Bau von Zäunen und Mauern lauter.

Die große Mehrheit der Menschen in Europa steht dem Thema Zuwanderung (</themen/migration/>) sehr kritisch gegenüber. In einer von WELT beauftragten Yougov-Umfrage in zehn Ländern gaben 60 Prozent der Befragten an, das Niveau der Immigration in ihr Land sei in den vergangenen zehn Jahren „zu hoch“ gewesen. In Deutschland liegt dieser Wert mit 67 Prozent sogar noch einmal höher als der Durchschnitt. In allen Ländern glaubt zudem eine Mehrheit der Menschen der Umfrage zufolge, dass Zuwanderer im Allgemeinen nicht bereit sind, sich in ihrem Land zu integrieren.

Die meisten der Befragten unterstützen auch den Bau von Mauern und Zäunen zur Bekämpfung illegaler Migration. Als Hauptsorge im Zusammenhang mit Einwanderung nennen die meisten Menschen die Sorge vor steigender Kriminalität und religiöser

Intoleranz. Soziale und wirtschaftliche Sorgen, etwa die Konkurrenz um Wohnungen und Jobs, spielen für die Menschen eine deutlich geringere Rolle. Für die Umfrage von WELT und der Partnermedien im europäischen Medienallianz LENA wurden von 2. bis 14. Dezember rund 12.000 Menschen befragt in den Ländern Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen, Spanien, Schweden, Ungarn, Belgien und der Schweiz.

In allen zehn Ländern sagte eine deutliche Mehrheit der Menschen, dass sie das Niveau der Einwanderung in den vergangenen zehn Jahren als „zu hoch“ empfunden haben. In [Frankreich \(/themen/frankreich-politik/\)](/themen/frankreich-politik/) waren es 66 Prozent, in Italien 77 Prozent und in Spanien 55 Prozent. Nur in Polen und Ungarn, wo anteilig an der Bevölkerung im vergangenen Jahrzehnt gemessen an der Bevölkerung die geringste Zahl von Zuwanderern registriert wurde, waren es mit jeweils unter 40 Prozent deutlich weniger.

„Die konkreten Erfahrungen der Länder mit Einwanderung sind hier entscheidend“, sagt Patrick English, Studienleiter bei Yougov. „In Osteuropa liegen die Transitstaaten, während andere Länder zu den Hauptzielen von Migranten zählen.“

Befragt, ob sie die Einwanderung in die gesamte [Europäische Union \(/themen/europaeische-union/\)](/themen/europaeische-union/) im vergangenen Jahrzehnt für zu hoch erachten, stimmt aber auch in Polen und Ungarn eine sehr große Mehrheit der Menschen zu. Ungarn erreicht hier mit 76 Prozent den höchsten Wert. „Man kann durchaus sagen, dass die Europäer sich einig sind in der Überzeugung, dass es zu viel Einwanderung aus anderen Ländern in die Europäische Union gibt“, sagt Yougov-Experte English.

In Deutschland glauben der Umfrage zufolge 50 Prozent der Befragten, dass Zuwanderer im Allgemeinen „integrationsunwillig“ sind, nur 32 Prozent glauben das Gegenteil. Damit liegt die Bundesrepublik auch hier über dem Schnitt aller Länder, wo 46 Prozent nicht an eine Integrationsbereitschaft der Einwanderer glauben.

Relativ niedrig liegt der Wert in [Großbritannien \(/themen/grossbritannien-politik/\)](/themen/grossbritannien-politik/), das seit Jahrzehnten mit einem relativ hohen Niveau an Zuwanderung konfrontiert ist. Dort sind nur 39 Prozent der Menschen skeptisch beim Thema Integrationswillen von Einwanderern. In Ungarn – das wenige Zuwanderer im Land hat – zweifeln hingegen mit 57 Prozent die meisten Befragten am Integrationswillen.

In Deutschland sprachen sich 48 Prozent für den Bau von Mauern und Zäunen im Kampf gegen illegale Migration aus. Damit liegt die Bundesrepublik hier über dem EU-weiten Schnitt von 46 Prozent. Höher ist der Wert nur in Polen (58 Prozent) und in Ungarn (</themen/ungarn-politik/>) (71 Prozent), zwei Ländern, die über EU-Außengrenzen verfügen.

„Außerdem dürfte der hohe Wert mit dem aktuellen politischen Klima in Osteuropa und speziell an den dortigen Außengrenzen zusammenhängen – und mit der Politik, die von den dortigen Regierungen während der Flüchtlingskrise 2015 verfolgt worden war“, sagt English. Zuletzt hatten Zehntausende Migranten versucht, aus Belarus nach Polen in die EU zu gelangen.

Die EU hatte zunächst die polnische Bitte abgelehnt (</politik/ausland/article233311787/Migration-Polen-kuendigt-Bau-eines-Grenzzauns-zu-Belarus-an.html>), den Bau eines Grenzzauns mitzufinanzieren. Inzwischen zeigt sich Brüssel offener an dieser Stelle und hat Polen seine Unterstützung zugesagt.

48 Prozent der Befragten in Deutschland fühlen sich durch Zuwanderung in ihrer nationalen oder europäischen Identität bedroht, 46 Prozent nehmen eine solche Bedrohung nicht wahr. Das entspricht in etwa dem Niveau in allen zehn Ländern. In Polen (46 Prozent) und Ungarn (53 Prozent), wo die Regierung deutlich stärker auf das Thema der kulturellen Identität abhebt, sind die Zahlen ähnlich. Insgesamt aber ergibt sich ein deutlich unklarerer Bild – und die Bevölkerung teilt sich bei dieser Frage fast überall in zwei Hälften. „An diesem Punkt zeigt sich, dass Europa gespalten ist, was die grundsätzliche Einstellung zu Einwanderung angeht“, sagt Yougov-Experte English.

Die größten Sorgen der Deutschen im Zusammenhang mit Einwanderung sind laut der Umfrage ein Anstieg der Kriminalität (</themen/kriminalitaetsstatistik/>) (52 Prozent). Auf dem zweiten Platz folgt „religiöse Intoleranz“ (38 Prozent) vor Terrorgefahr (33 Prozent). Hingegen machen sich nur sehr wenige Deutsche beim Blick auf die Migration Sorgen um Jobkonkurrenz (5 Prozent) oder die Auswirkung auf das Lohnniveau (6 Prozent). Die einzige nennenswerte finanzielle Sorge ist Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt (23 Prozent).

In vielen Ländern ist die Tendenz ähnlich, wobei die wirtschaftlichen Sorgen in den südeuropäischen Ländern größer sind. In den osteuropäischen Ländern hingegen, wo das Wohlstandsniveau niedriger ist, aber es auch kaum Einwanderung gibt, spielen soziale Fragen

hingegen eine geringe Rolle. Hier werden steigende Kriminalität und Terrorgefahr am häufigsten genannt, zwei Themen, die auch von den dortigen Regierungen besonders häufig ins Feld geführt werden.

Je nachdem, welche Erfahrungen die Länder in den vergangenen Jahren gemacht haben, gibt es auch hier Unterschiede. So fürchten die Menschen in Frankreich, wo es in den vergangenen Jahren regelmäßig zu Anschlägen gekommen war, besonders die Gefahr von Terrorismus.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/235821896>